

Stopp statt Vorfahrt für Agrarkonzerne

Diskussion unterm Affenbrotbaum: Absagen an Welt-handelsorganisation und Gentechnik

VON JUTTA SUNDERMANN

Konzentriert sitzen sie unter dem Baobab-Baum – eine Webcam-Konstruktion am ausladenden Affenbrotbaum ermöglicht es den Delegierten in Mabo in der Region Kaolack im Senegal, ihre Diskussionsergebnisse in ein weltweites Verfahren einzubringen: damit sind die fünfzig Menschen Teil der ersten weltweiten mehrwöchigen Ernährungskonferenz. Die regionalen Ergebnisse werden von Kontinentalräten gewichtet und abge-glichen.

Zum Jahreswechsel hatten die jüngsten Zahlen zu Hunger und Mangel-Ernährung weltweit große Betroffenheit hervorgerufen. Die mangelnde Bereitschaft der Industrieländer, ihre Agrarpolitik zu überdenken, ließ die Vereinten Nationen diesen neuen globalen Verhandlungsprozess anstoßen.

Während in Mabo die Abendsonne das Ende der Hitze ankündigt, erläutert eine alte Bäuerin die Weitergabe des besten Saatguts innerhalb der Dorfgemeinschaft. Sie kritisiert das Weitergabe- und Vermehrungsverbot des mittlerweile gängigen – patentierten Saatguts. Die Versammlung ist sich schnell einig: Patente auf Saatgut sind ein Unding und müssen im Rahmen der Welthandelsorganisation ausgeschlossen werden. Gleichlautende Signale gibt es aus Südamerika, aus Asien und sogar aus Europa.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit, die WTO im Agrarsektor noch stärker zurückdrängen zu können, gestiegen. Das Ende des WTO-Agrarabkommens war eine der ersten Entscheidungen der weltweiten Konferenz. Dieses Abkommen über den Handel mit Agrarprodukten – in der Vergangenheit ein ewiger Zankapfel – zwang viele Länder, ihre Grenzen für Billigprodukte zu öffnen und die Zerstörung der eigenen kleinbäuerlichen Strukturen hinzunehmen. Die mächtigsten Verhandlungspartner, allen voran USA und EU, hatten sich gleichzeitig dem Abbau der eigenen Exportsubventionen

und der Öffnung ihrer Grenzen für Importe aus Schwellen- und Entwicklungsländern verweigert.

Die weltweite Kleinbäuerinnen-Organisation La Via Campesina erklärte, sie habe auf allen Kontinenten große Zustimmung für ihre Forderung nach Ernährungssouveränität erhalten: Das Recht aller Länder, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen, soll zum Leitfadensatz der Agrarpolitik werden. Internationaler Handel wird auch künftig nicht ausgeschlossen, die immense Marktmacht weniger großer Agrarhandels- und Agrarchemie-Unternehmen jedoch massiv zurückgedrängt.

Erbittert streiten vor allem die Teilnehmenden der südamerikanischen Kontinentalkonferenz über die Frage umfassender Landreformen und das Recht auf Zugang zu sauberem Süßwasser. Denn die Bereitschaft der Großgrundbesitzer, Land abzugeben, ist nach wie vor gering.

In Afrika erklären die Menschen einen umstrittenen Vertrag für illegitim. Der südkoreanische Mischkonzern Daewoo hatte ab 2008 für 99 Jahre die Hälfte der Anbauflächen Madagaskars für sich beansprucht. Allein deren Bewässerung für Exportkulturen hätte die Wasser-Versorgung der madegassischen Bevölkerung weiter verschlechtert, von der Lebensmittel-Knappheit ganz zu schweigen.

Der Ausstieg aus der Agrogentechnik wird ein handfestes Ergebnis der Ernährungskonferenz sein. Die Lösung des schwelenden Konflikts wurde durch den Bankrott des US-Gentechnikriesen Monsanto im September vergangenen Jahres deutlich beschleunigt: Wegen der hohen Schadensersatz-Forderungen aus Mexiko konnte kein neuer Investor gefunden

werden. Im Mais-Ursprungsland hatte sich Gen-Mais ausgebreitet und die traditionellen Sorten sowie deren Zucht stark gefährdet. Daraufhin war die Welternährungsorganisation von ihrem „Ja“ zur Gentechnik abgerückt und hatte sich für ein generelles Ende der gentechnischen Manipulation von Pflanzen ausgesprochen. Da Monsanto 90 Prozent des Weltmarktes gentechnisch veränderter Saaten kontrollierte, ist der globale Stopp auch kurzfristig realisierbar.

Das Organisationskomitee erklärt die dezentrale Entscheidungsfindung für erfolgreich und rechnet mit einer Fortsetzung. Denn weitere drängende Probleme können in den verbleibenden fünf Verhandlungstagen nicht abschließend bearbeitet werden. Dazu gehört die Marktmacht der großen Agrarhandelskonzerne und Lebensmittelketten sowie die Notwendigkeit einer drastischen Reduktion der Agrosprit-Produktion inklusive strenger ökologischer und sozialer Auflagen. Um auch über die Begrenzung von Spekulation mit Agrarrohstoffen entscheiden zu können, sollen an den Handelsplätzen Alternativmodelle diskutiert werden. Klimaschützer drängen auf die Behandlung der Massentierhaltung als Risiko für Welternährung, Klima und Menschenrechte.

In Mabo beenden die Delegierten ihren langen Tag mit einem gemeinsamen Essen. Die alte Bäuerin stimmt ein traditionelles Erntelied an und hofft, dass die Konferenz dazu beiträgt, auch in ihrem Dorf den Hunger zu besiegen.

Älteste Spuren der Menschheit gerettet

Die BewohnerInnen von Hasankeyf, einem kleinen Ort in Ostanatolien, jubelten: Der Ilisu-Staudamm wird nicht gebaut!

Jahrelang hatten die Menschen dort und anderswo in Europa gegen den Staudamm und für den Erhalt der ältesten Reste menschlicher Besiedlung gekämpft – neben ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ein starkes Argument gegen das Projekt.

Doch der Reihe nach: Nachdem die Bundesregierung unter starkem öffentlichen Druck ihre Zusage für eine Hermesbürgschaft zurückgezogen hatte, wurde der Firma Züblin das Bauvorhaben zu riskant. Die mitfinanzierende Deka Bank war bereits wenige Monate zuvor infolge der Finanzkrise pleite gegangen.

Gleichzeitig führte der anhaltende Widerstand gegen den Staudamm-Bau im türkischen Umweltministerium zum Umdenken. Noch im Herbst 2008 hatte der zuständige Minister mit Blick auf den EU-Beitritt die Privatisierung der gesamten öffentlichen Daseinsvor-

sorge, inklusive aller Gewässer, für unverzichtbar gehalten. Das Weltwasserforum, eine Lobbyveranstaltung der globalen Wasserkonzerne, wollte die Türkei zum Pilotprojekt für den Verkauf aller Quellen, Seen und Flüsse machen. Doch es kam anders: der massive Widerstand auf Istanbuls Straßen bewegte die türkische Regierung zur Kehrtwende. Hauptargument: Wasser als Grundvoraussetzung für jegliches Leben auf diesem Planeten muss für alle frei zugänglich sein anstatt zur Quelle sprudelnder Gewinne einiger weniger Großkonzerne zu verkommen. Ein politischer Coup wäre die Aufnahme eines Verbotes von Wasservermarktung in die Verfassung: So könnte die Türkei, einstiges Vorzeigemodell neoliberaler Wirtschaftspolitik im eurasischen Raum, zum Vorreiter einer demokratischen und dezentralen Wasserwirtschaft werden.

DOROTHEA HARLIN

Informationen zum Thema im Internet unter www.attac.de/wasser

Lernen jenseits von Selektion und Konformismus

Nach der Protestwelle der letzten drei Jahre reißen die Bildungsstreiks nicht ab. Schüler, Eltern, Lehrer, Studenten und Professoren erstritten an vielen Schulen und Universitäten sichtbare Veränderungen. Klassen und Lerngruppen werden verkleinert, neue Methoden wie informelles Lernen werden ausprobiert. Durch die bundesweiten Demonstrationstage stieg der Druck auf die Politik noch weiter, die überkommenen Strukturen der Bildungslandschaft endlich gründlich zu reformieren. „Wir mussten uns gemeinsam zur Wehr

setzen, es auf den Konflikt ankommen lassen. Unsere Schulen sollten nicht länger Konformitäts- und Selektionsmaschinen sein. Wir wollten nicht länger hören, wir sollten fürs Leben lernen, wenn wir uns damit doch keine realen Entfaltungsmöglichkeiten erarbeiten können“, so eine Schüler-sprecherin der IGS Linden bei der letzten Streikdemo in Hannover. „Aber heute erleben wir täglich, dass wir etwas verändern können.“ Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen macht Mut, wird aber nur als erster Schritt angesehen.

In Celle haben indessen Schülervertreter ein Haus besetzt, nachdem sich die Kommune geweigert hatte, ihnen Räume für eine ständige Stadtschülervertretung zur Verfügung zu stellen. In diesem selbstverwalteten Schülerzentrum unterrichten sich nun Jugendliche mit Lernschwächen und Klassenüberspringer selbst, wobei sie von ehrenamtlich arbeitenden Referendaren unterstützt werden.

CHRISTIAN TIETZ

Mehr Informationen im Internet: www.schulaction.org

Abschaffung der Massentierhaltung EU-konform

BRÜSSEL/BERLIN Die Pläne der Bundesregierung, die Haltungsbedingungen für alle Tiere verpflichtend auf das Niveau der EU-Bioverordnung zu heben, sind mit EU-Recht vereinbar. Der Europäische Gerichtshof wies die angekündigte Klage dreier großindustrieller Schweinefabrikanten bereits im Vorfeld ab. „Damit ist der Weg frei, endlich eine Reihe grausamer Praktiken wie beispielsweise Kastenstände bei Schweinen und Bodenhaltung bei Hühnern in die Geschichtsbücher zu verbannen“, so Frank Wieland, Generalsekretär im Landwirtschaftsministerium. Das Ende der CMA-Kampagnen im Frühjahr 2009 und die statt dessen von der Bundesregierung geförderten neutralen Aufklärungs-

kampagnen über das Leben in Tierfabriken führten zu konstanten Umfragewerten von über 95 Prozent gegen industrielle Tierhaltung.

Selbst in der Bauernschaft stoßen die Pläne auf Zustimmung. „Wir Landwirtinnen und Landwirte möchten im Einklang mit Natur, Fläche und Tieren wirtschaften“, sagte die neue Präsidentin des Deutschen Bauernverbandes, Anne Peters. „Es wird höchste Zeit, uns dazu vom Preisdumping derjenigen abzukoppeln, für die Tierhaltung nur eine Industrie unter vielen ist.“

ERASMUS MÜLLER

Mehr Informationen dazu unter www.nandu.net

Spenden? – Spenden!

Druck und Verteilung dieser Zeitung kosten Geld. Wir sind auf Spenden angewiesen und freuen uns über jede Unterstützung auf unser Spendenkonto: Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800 - GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67